Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 5

Artikel: Pakistan : ein Nachwort
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338528

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

J. W. Brügel

Pakistan: ein Nachwort

Jetzt, da es in der aufregenden Entwicklung um das ehemalige Ostpakistan einen Schlusspunkt mit dem Beginn eines neuen Lebens zu geben scheint, mag es angebracht sein, in einem Rückblick die entscheidenden Tatsachen festzuhalten. Woher stammt eigentlich die Bezeichnung Pakistan? Gründet sie sich auf einen geographischen Begriff, hat sie irgendeine historische Bedeutung? Das Wort Pakistan ist eine Erfindung mohammedanischer Studenten aus dem damaligen Indien, die in den dreissiger Jahren in England lebten. Einer Behauptung zufolge ist der Schöpfer dieses Wortes ein Student in Cambridge, dem Namen nach bekannt; einer anderen Version zufolge hat das Wort ein unbekannter Student in London geschaffen, der seither verschollen ist. Die einzelnen Buchstaben des Wortes Pakistan sollen die Anfangsbuchstaben der Provinzen bezeichnen, die ein zukünftiger mohammedanischer Staat am indischen Subkontinent umfassen sollte. Dabei gibt es auch diesbezüglich verschiedene Versionen, und nur so viel ist klar, dass «P» für Punjab und «K» für Kaschmir steht. Die ganze künstliche Konstruktion des späteren Staatsgebildes Pakistan kommt schon in der Namensfrage zum Ausdruck. Als die Indische Kongresspartei unter Gandhis Führung um die Freiheit Indiens von der britischen Kolonialherrschaft kämpfte, war die Angst der im damaligen Indien lebenden Mohammedaner vor ihrer Auslieferung an eine hinduistische Mehrheit den in London herrschenden Konservativen ein erwünschter Vorwand für die weitere Aufrechterhaltung des längst nicht mehr haltbaren Kolonialstatus. Infolgedessen ist man in Indien von rechts nach links davon überzeugt, dass das ganze Pakistan nichts anderes darstellt als eine heimtückische Intrige der britischen Imperialisten, die Indien, als sie es doch freigeben mussten, wenigstens zu schwächen bestrebt waren. So einfach sind die Dinge nun wieder nicht.

Die Weigerung von mehr als hundert Millionen Mohammedanern, in einem von der Hindumehrheit regierten Indien zu leben, konnte auch von der britischen Labourregierung 1945 nicht ignoriert werden und musste bei der Freigabe der bisherigen britischen Kolonie Indien in Betracht gezogen werden. Eine reinliche Scheidung zwischen Mohammedanern und Nicht-Mohammedanern war angesichts der Siedlungsverhältnisse nicht möglich, und man musste notgedrungen zu dem natürlich höchst unbefriedigenden Kompromiss greifen, einen aus den vorwiegend von Mohammedanern bewohnten Provinzen bestehenden Staat zu schaffen, der aus zwei 1500 Kilometer voneinander entfernten Teilen bestand. Wer sich der Komplikationen erinnert, die die territoriale Abschnürung Ostpreussens von dem Rest der Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg hervorgerufen hat, wird verstehen, dass ein aus zwei so weit voneinander

durch ein ihm feindlich gesinntes Indien getrennten Teilen bestehender Staat eine recht zweifelhafte Gründung war. Aber unter den damaligen Umständen war es das kleinere Übel, auch wenn man in Indien die blosse Existenz von Pakistan als ein Unding ansah und immer noch ansieht.

Indien ist eine Demokratie

Indien war von allem Anfang an ein demokratischer Staat, und seine Regierung hat sich ernstlich und ehrlich um gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt wie auch um eine gerechte Behandlung der Minderheiten bemüht, von denen die mohammedanische die grösste ist. Sie umfasst beinahe so viele Menschen, wie das ganze Pakistan in seiner alten Form Einwohner hatte. Trotzdem konnte die indische Regierung nach der Staatswerdung blutige Gewaltakte hindustanischer Fanatiker nicht verhindern, denen Zehntausende Mohammedaner zum Opfer fielen. Das ist heute vergessen und überwunden, aber die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan waren, obwohl beide Staaten bis Anfang 1972 Mitglieder des Commonwealth waren, kaum je auch nur als normal zu bezeichnen und hatten meist den Charakter eines unerklärten Krieges. Der Toleranz gegenüber den Mohammedanern, die die Regierung von Neu-Delhi immer versucht hat, standen keineswegs gleiche Bemühungen der pakistanischen Regierung gegenüber den nichtmohammedanischen Minderheiten in ihrem Land entgegen. Sie wurden unterdrückt und entweder zur Flucht gezwungen oder direkt aus dem Land vertrieben. Natürlich ist ein auf einem fanatischen Glauben aufgebauter Staat wie Pakistan im Vergleich zu Indien ein Anachronismus, doch hat es bis 1970 kaum Anzeichen dafür gegeben, dass die etwa 120 Millionen Einwohner von West- und Ostpakistan ihren eigenen Staat nicht wollten und sich in irgendeiner Form Indien anzuschliessen beabsichtigten, um die Einheit des Subkontinents wiederherzustellen.

Der Streit um Kaschmir

So wie Indien Pakistan seiner blossen Existenz wegen immer als einen Feind betrachtete, so hat Pakistan in Indien immer den Erzfeind gesehen, der die staatliche Existenz des Landes auszulöschen beabsichtigte. Wie fast immer in solchen Fällen ist nicht alles Recht auf der einen und nicht alles Unrecht auf der anderen Seite, sosehr auch Sozialisten das nach vorwärts blickende indische Regime dem rückständigen theokratischen und nicht einmal die Fassade einer Demokratie kennenden pakistanischen vorziehen müssen. Es ist unmöglich, in diesem Zusammenhang den komplizierten Streit um Kaschmir in allen Einzelheiten darzulegen, den zu schlichten sich die Vereinten Nationen durch viele Jahre vergebens bemüht haben. Die indische Version ist, dass Pakistan Indien Kaschmirs wegen dreimal militärisch angegriffen hat, und die pakistanische Version ist das genaue Gegenteil. Tatsache ist, dass Indien einen Grossteil des

meist von Mohammedanern bewohnten Gebietes von Kaschmir besetzt und sich einverleibt hat, weiter, dass Indien sich den Vereinten Nationen gegenüber verpflichtete, die Bevölkerung des Indien eingegliederten Teils von Kaschmir durch eine Volksabstimmung unter internationaler Aufsicht frei über die weitere Zugehörigkeit des Landes entscheiden zu lassen, sich nachher aber geweigert hat, dieses Versprechen einzulösen. Die indische Regierung verweist darauf, dass bei allen demokratischen Wahlen die Bevölkerung von Kaschmir mitstimmen konnte und dass der Ausgang dieser Wahlen den Willen der Bevölkerung des indischen Teilstaates Kaschmir bestätigt, zu Indien gehören zu wollen. Was in diesem Zusammenhang aber nicht angeführt wird, ist das Verbot von Parteien, die einen Anschluss an Pakistan anstreben, so dass es nicht klar erscheint, inwieweit die Eingliederung dieses Teiles von Kaschmir an Indien tatsächlich dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Es ist kaum zu bestreiten, dass vom objektiven Gesichtspunkt die Zugehörigkeit Kaschmirs zu Indien eher im Interesse der Bevölkerung liegt als eine Zugehörigkeit zu Pakistan, aber inwieweit die in Frage kommende Bevölkerung subjektiv davon überzeugt ist, muss dahingestellt bleiben.

Ostpakistan als Aschenbrödel

Es wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, dass das frühere Ostpakistan im alten pakistanischen Staatsverband die Rolle des Aschenbrödels gespielt hat und als eine Art Kolonie Westpakistans behandelt wurde. Das ist in vieler Beziehung richtig, stimmt aber doch auch wieder nicht hundertprozentig, denn drei frühere Regierungschefs des einheitlichen Pakistan waren Politiker aus dem östlichen Teil des Landes. Nach den Wahlen im Dezember 1970 hätte *Scheich Mujibur Rahman* als Vertreter der stärksten Partei des ganzen Landes (West- und Ostpakistan) Regierungschef werden sollen, aber der Mann, der das verhindert hat, war nicht so sehr der damalige Präsident *Jahja Khan,* sondern der gegenwärtige Präsident *Ali Bhutto,* der als Führer der stärksten Partei in Westpakistan dieses Amt für sich beanspruchte, also ganz bewusst dem viel volksreicheren östlichen Landesteil die Gleichberechtigung verweigerte, und bei Jahja Khan durchsetzte, dass das gewählte Parlament nicht zusammentrat. Seitdem hatte das vereinigte Pakistan eigentlich überhaupt keine Regierung. Das entscheidende Argument in der Beurteilung der Behandlung Ostpakistans ist, dass in den vergangenen zwanzig Jahren Ostpakistan durch die Ausfuhr von Jute die ganze Handelsbilanz von Pakistan aktiv gestaltet hat, dass aber nahezu alle dadurch möglich gemachten Investitionen in Westpakistan vorgenommen wurden. Eine andere ernste Beschwerde war das Sprachenproblem. Neben dem Englischen ist in Westpakistan Urdu die offizielle Sprache, wobei ausserdem noch vier andere Sprachen gesprochen werden. Die Regierung von Karachi und später Islamabad hat nun versucht, der meist bengalisch sprechenden Be-

völkerung von Ostpakistan Urdu aufzuzwingen. Trotzdem gab es bis zum März 1971 keine ernste Irredenta oder Bewegung zur Selbständigmachung Ostpakistans, und die Abneigung gegen Indien als einen vorwiegend hinduistischen Staat war den Bewohnern und den Politikern im Westen und Osten des damaligen Pakistan gemeinsam. Was Scheich Mujibur Rahman von der Zentralregierung verlangte, war nichts als mehr Autonomie für den östlichen Teil des Landes und grössere Berücksichtigung seiner Interessen. Eine Parallele mit dem Konrad Henlein von 1938, der behauptete, nichts als Autonomie haben zu wollen, und in Wirklichkeit den Anschluss an das Dritte Reich erstrebte, besteht nicht; denn abgesehen davon, dass Rahman ein Demokrat ist und Indien kein landgieriger Staat, fehlte im Falle Ostpakistans jede Möglichkeit eines Anschlusses anderswohin. Indien ist sicher schon aus der eingefleischten Abneigung gegen Pakistan für alles zu haben, was Pakistan zu schwächen geeignet ist, hat aber gar kein Interesse daran, die Zahl seiner mohammedanischen Bürger noch um 75 Millionen zu erhöhen. Im Gegenteil, Indien musste eine Bewegung zu einem Zusammenschluss zwischen Westbengalen und Ostbengalen (Ostpakistan) und damit den Verlust von Westbengalen mit Kalkutta fürchten. Die politischen Verhältnisse in Westbengalen sind durch starke kommunistische und maoistische Einflüsse schon verworren genug (so dass dieser Gliedstaat überhaupt keine arbeitsfähige Regierung zustande bringen kann und von der Zentralregierung in Delhi regiert werden muss), aber es scheint, dass die Wirren im ehemaligen Ostpakistan und der Zustrom von Millionen Flüchtlingen die innenpolitischen indischen Probleme nicht noch mehr kompliziert haben.

Für Jahja Khan und dann für Ali Bhutto war das in Wirklichkeit erst durch die brutale Intervention der westpakistanischen Armee im damaligen Ostpakistan angefachte Freiheitsstreben der Bevölkerung des heutigen Bangla Desh nichts anderes als eine von Indien mit Hilfe einiger Quislinge inszenierte künstliche Abfallbewegung. Es wäre unsinnig, zu leugnen, dass Indien der Bewegung zur Selbständigwerdung von Bangla Desh entscheidend geholfen hat und dass die Streitkräfte zur Durchsetzung der Politik der Awami-Liga auf indischem Territorium ausgebildet wurden; aber das ändert nichts daran, dass ein Verbleiben Ostpakistans im gemeinsamen Staatsverband nach dem blutigen Massaker vom März 1971 einfach unmöglich geworden war.

Schachfiguren im Streit zwischen Moskau und Peking

Ein weiteres erschwerendes Moment in der Beurteilung der Situation war und ist die Tatsache, dass der ganze Streit um Bangla Desh ein Glied in der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking geworden ist. Was immer die Motive gewesen sein mögen, hat die Sowjetunion in dieser Sache die Partei Indiens und der Awami-Liga ergriffen, und das kommunistische China hat sich auf die Seite des reaktionären und faschistischen

Gewaltregimes von Jahja Khan geworfen. Diese sonderbare Stellungnahme der ultrarevolutionären chinesischen Kommunisten für ein Regime, dem eine kommunistische Bewegung unter normalen Umständen nur mit ausgesprochener Feindseligkeit gegenüberstehen konnte, hat zu Konsequenzen geführt, die geradezu grotesk sind und die wenigstens kurz festzuhalten sich lohnt. 1951 war das chinesische kommunistische Regime in der Situation der Awami-Liga vor der diplomatischen Anerkennung von Bangla Desh. Trotzdem – und obwohl China damals in den Vereinten Nationen durch die Regierung Tschiang Kai-scheks vertreten war – wurde es vom Sicherheitsrat angehört. Aber als 1971 im gleichen Sicherheitsrat der Antrag gestellt wurde, die Vertreter von Bangla Desh anzuhören, protestierte niemand so energisch dagegen wie Huang, der Vertreter des chinesischen kommunistischen Regimes im Sicherheitsrat. Hier sind seine Ausführungen zu dem Punkt nach dem Protokoll der Tagung des Sicherheitsrates vom 4. Dezember 1971:

> «Die chinesische Delegation ist der Ansicht, dass eine Einladung an die sogenannten Vertreter von Bangla Desh – das heisst die Vertreter rebellischer Elemente innerhalb von Ostpakistan –, an den Verhandlungen des Sicherheitsrates teilzunehmen, und die Verteilung der Dokumente dieser aufrührerischen sogenannten Organisation gleichbedeutend wäre mit einer Aufforderung an den Sicherheitsrat, in die inneren Angelegenheiten von Pakistan, einem souveränen Staat, einzugreifen. Das widerspricht völlig den Satzungen der Charta der Vereinten Nationen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Mitgliedstaaten betreffend. Aus diesem Grund stellt sich die chinesische Delegation gegen den Vorschlag der sowjetischen Delegation.»

Wenn die chinesischen Kommunisten auch an dieser extremen Stellungnahme auf die Dauer nicht festhalten konnten, behaupten sie immer noch, dass der neue Staat Bangla Desh eine Scheingründung Indiens und nichts anderes als eine indische Kolonie sei. (Interessanterweise wurden mit chinesischer Zustimmung bei der im Februar 1972 in Addis Abeba abgehaltenen Tagung des Sicherheitsrates Vertreter von «Aufständischen» angehört, die nach der chinesisch-kommunistischen Logik Rebellen gegen die legale Regierung von Portugal sind, ein Regime, das dem Jahja Khans in reaktionärer Gesinnung kaum nachsteht.)

Demokratisch-sozialistische Grundhaltung in Bangla Desh

Mag Bhutto immer noch an der Fiktion festhalten, dass er der (übrigens von niemandem gewählte) Präsident eines einheitlichen, den westlichen und östlichen Teil umfassenden Pakistan ist, wird er sich doch früher oder später der Realität gegenüber sehen, die in der schwierigen Aufgabe besteht, Westpakistan ohne die Hilfe aufzubauen, die dieses Land bisher aus den Exportüberschüssen des früheren Ostpakistan bezog. Obwohl Bhuttos «Volkspartei» bei den Wahlen im Dezember 1970

gewisse sozialistische Programmpunkte entwickelte, ist es schwer, in ihr mehr als eine nationalistisch orientierte Bewegung zu sehen. Die Awami-Liga hingegen, die heute den neuen Staat Bangla Desh regiert, bekennt sich weit deutlicher zu demokratisch-sozialistischen Gedankengängen, und die Entstehung eines Staates mit 75 Millionen Einwohnern im Herzen Asiens unter demokratisch-sozialistischer Führung ist geeignet, in der internationalen sozialistischen Bewegung grosse Erwartungen zu wecken. Im Augenblick steht dieser neue Staat aber vor allem vor ungeheuer schwierigen Problemen und nicht geringen Gefahren. Es ist zu hoffen, dass die demokratische Welt ihm bei der Bewältigung der durch die Verwüstungen des Krieges und die Massenflucht von Millionen Bewohnern, deren geordnete Rückkehr auch ein schwieriges Problem ist, angerichteten Schäden ausgiebig helfen wird. Scheich Mujib Rahman steht einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und der von Moskau dirigierten kommunistischen Bewegung weit skeptischer gegenüber als Indira Gandhi, die – obwohl selbst alles eher als prokommunistisch gesinnt – durch innen- und aussenpolitische Erwägungen zu einer die Blockfreiheit Indiens in Frage stellenden Zusammenarbeit mit Moskau gezwungen ist. Das wird durch den Umstand erleichtert, dass selbst ein Stalin kaum so grössenwahnsinnig gewesen wäre, auf die völlige Einverleibung Indiens in seinen Machtbereich hinzuarbeiten. Aber an Versuchen Moskaus, Bangla Desh mit Wirtschaftshilfe und Rohstoffkäufen zu umgarnen, hat es schon jetzt nicht gefehlt, und sie dürften sich in der nahen Zukunft noch verstärken. Die sofortige Konstituierung einer kommunistischen Partei von Bangla Desh nach der Staatswerdung lässt manches vermuten.

Der Zusammenbruch des alten Pakistan hat gezeigt, dass der mohammedanische Fanatismus allein kein genügend starkes Fundament für ein Zusammenleben ist. Jahja Khan hat nicht gezögert, den Versuch zu machen, die gesamte mohammedanische Intelligenz im damaligen Ostpakistan buchstäblich auszurotten, und es hat natürlich auch nicht an Gewaltakten gefehlt, die bengalische Mohammedaner gegen Glaubensgenossen aus Westpakistan verübt haben. Aber man darf nicht vergessen, dass in Bangla Desh auch viele Millionen Hindus leben (soweit sie nicht nach dem März 1971 nach Indien geflohen und seither nicht zurückgekehrt sind) und dass ein vielleicht noch schwierigeres Problem das Überleben der etwa sieben Millionen zählenden Biharis in Bangla Desh darstellt, die – obwohl sie Mohammedaner sind – von der bengalischen Bevölkerungsmehrheit mit mehr oder weniger Berechtigung als Agenten Westpakistans behandelt und vielfach am Leben bedroht werden. Anderseits muss man hoffen, dass nicht Pläne geschmiedet werden, sie nach Westpakistan auszusiedeln, weil das, abgesehen von allen anderen Einwendungen gegen die Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat, angesichts des Nichtbestehens einer Grenze zwischen Westpakistan und Bangla Desh auf unüberwindliche Schwierigkeiten stossen müsste. Es erscheint allerdings

sehr fraglich, ob Scheich Mujibur Rahman trotz seiner überragenden Stellung im Lande die Kraft haben wird, den Biharis eine gesicherte Existenz in Bangla Desh zu schaffen.

Das alte Pakistan konnte nicht leben und nicht sterben. Es war von Anfang an keine Demokratie und seit einem Staatsstreich im Mai 1958 eine Militärdiktatur. Weder Ajub Khan, Jahja Khans Vorgänger in der Präsidentschaft, noch er selbst war auf eine auch nur scheindemokratische Weise an die Macht gelangt. Die ersten und einzigen Wahlen im Lande haben die Unpopularität des Regimes deutlich gemacht, das noch stark genug war, sich einige Zeit darüber hinwegzusetzen, aber nicht stark genug, um den Zerfall des Staates auf die Dauer aufzuhalten.

Im Augenblick aber ist Bangla Desh eine Hoffnung für die Demokratie, den Fortschritt und den Sozialismus in Asien.

Es kann hier nicht genug betont werden, dass das Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung sowie auf freie Meinungsbildung und Meinungsäusserung zu einem Hauptanliegen unserer Bildungskonzeption gehört. Die sozialistische Schulpolitik hat in Österreich gewaltige Anstrengungen unternommen, um der Indoktrination Einhalt zu gebieten, der unsere Kinder und Jugendlichen auf ihrem Bildungsweg vom Kindergarten bis zur Universität ausgesetzt sind. Sozialistische Lehrer und Gesellschaftspolitiker sind immer wieder dafür eingetreten, dass an den Universitäten verschiedene Lehrmeinungen zur Geltung kommen, dass die Studierenden auf ihrem Bildungsweg mit verschiedenen Auffassungen konfrontiert werden und dass im Rahmen der Lehrplanrevisionen primitive Verallgemeinerungen, Vorurteile und Stereotypen abgebaut werden.

Hermann Schnell, in «Die Zukunft», Februar 1972